



DIE LINKE.

Fraktion im Landtag
Mecklenburg-Vorpommern

Fraktionsreport

Nachrichten aus der Fraktion DIE LINKE im Landtag Mecklenburg-Vorpommern

Leitbild MV 2020+ – von den Menschen für die Menschen



Helmut Holter
Helmut Holter
Fraktionsvorsitzender

Die Linksfraktion hat mit dem Leitbild „MV 2020+“ ein Diskussionsangebot für die Entwicklung des Landes vorgelegt, das sie seit einigen Jahren mit zahlreichen Vertreterinnen und Vertretern aus Politik, Wirtschaft, Bildung, Kunst und Kultur sowie vielen anderen Menschen diskutiert. Denn die Entwicklung des Landes geht alle an, gerade vor dem Hintergrund,

dass immer weniger und ältere Menschen hier leben. Besonders sind Regionen abseits der Städte vom demografischen Wandel betroffen. Im weiteren Abbau von Infrastrukturen wie das Schließen von Schulen und Bibliotheken oder das Ausdünnen von Bus- oder Bahnverbindungen sehen wir keine Lösung, den komplexen Herausforderungen zu begegnen. Wir müssen Wege finden, wie Daseinsvorsorge gesichert und erreichbar bleibt und diese etwa hinsichtlich der Barrierefreiheit angepasst wird. Wir haben bereits viele Ideen und Anregungen bekommen, die wir aufgenommen und ausgewertet haben.

Auch auf unserer Landtour, die uns in diesem Jahr in den Landkreis Vorpommern-Greifswald führt, wollen wir mit Ihnen, liebe Bürgerinnen

und Bürger, Vertreterinnen und Vertretern von Vereinen, Verbänden, Gewerkschaften und Bildungseinrichtungen u.v.a., darüber reden wie es gelingen kann, auch in entlegenen Regionen gute Lebens- und Arbeitsperspektiven zu bieten. Wir sind überzeugt, dass in den „Ländlichen Räumen mit besonderen demografischen Herausforderungen“, wie sie auch in der Fortschreibung des Landesraumentwicklungsprogramms ausgewiesen sind, Chancen und Potenziale liegen, die erkannt und genutzt werden müssen. Wir haben immer wieder erlebt, dass nicht Resignation vorherrscht, sondern Aufbruchstimmung und der Wille zur Gestaltung ausgeprägt sind. Die Menschen vor Ort brauchen mehr Unterstützung, damit sie ihre Geschicke selbst

in die Hand nehmen und ihre Ideen umsetzen können. So sind bürokratische Hemmnisse abzubauen sowie der Gestaltungs- und Entscheidungsspielraum der Kommunen zu stärken. Dafür sind Mittel nötig, über die sie frei verfügen können. Die Einwohnerinnen und Einwohner wissen am besten, ihr Umfeld für die Zukunft lebens- und lebenswert zu erhalten. Wir schlagen deshalb u.a. vor, dass im Landeshaushalt Regionalbudgets für Strukturentwicklung verankert werden – zugunsten von mehr Demokratie, Mitsprache und Mitbestimmung.

Das Leitbild hat keine Antworten auf alle Fragen. Es beschreibt langfristige Ziele, die aber schon heute die richtigen Entscheidungen erfordern. Reden Sie mit uns! Machen Sie mit!

Volksbegehren für den Erhalt einer bürgernahen Amtsgerichtsstruktur

UNTERSCHRIFTENLISTEN UNTER
www.gerichtsstruktur-mv.de

WIR
LASSEN
UNS NICHT
LÄNGER
VER(RE)FORMEN

VOLKSBEGEHREN
GEGEN DIE
GERICHTSSTRUKTUREREFORM

EINE INITIATIVE VON RICHTERBUND M-V UND PRO JUSTITZ MECKLENBURG-VORPOMMERN e.V.

Wir unterstützen und fördern alle Instrumente der direkten Demokratie. Gegenwärtig sammeln wir Unterschriften für das Volksbegehren gegen die Gerichtsstrukturreform, weil damit viele Amtsgerichte geschlossen werden sollen und damit der Zugang zur Justiz massiv erschwert wird. Auch wir wollen keine Schließung von Amtsgerichten oder die Degradierung von Standorten zu Zweigstellen, welche nur den Tod auf Raten bedeutet. Die Linksfraktion unterstützt das Volksbegehren aktiv. In allen Büros unserer Abgeordneten liegen die Unterschriftenlisten aus. Sie können dort unterschreiben oder selbst Listen mitnehmen und Unterschriften sammeln. Auf zum Endspurt!

Impressum
Fraktionsreport
herausgegeben von der
Fraktion DIE LINKE. im Landtag
Mecklenburg-Vorpommern
Tel: 0385 - 5252500
fraktion@dielinke.landtag-mv.de
V. i. S. d. P.: Rasha Janew
Bilder: Titel: Erich Westendarp_pixelio.de
Seite 2: tim_reckmann_flickr.de
Seite 4: Ronald Kayser_pixelio.de

Kommunale Daseinsvorsorge regional gestalten



Wer auch unter höchst komplizierten demografischen und finanziellen Rahmenbedingungen kommunale Selbstverwaltung bewahren bzw. stärken will, muss initiativ werden. Für uns sind regelmäßig nicht genehmigte Haushalte und in der Folge massive kommunalaufsichtsrechtliche Eingriffe in kommunale Belange keine tragfähigen Alternativen. Wenn wir Daseinsvorsorge als kommunale Kernaufgabe zunehmend regional denken, planen und ausüben, kann dies auch gegen finanzielle Aushöhlung und rechtliche Bevormundung der Kommunen wirken. Mit Reformen der Gebietsstrukturen allein lassen sich Einnahme- und Ausgabeprobleme nicht lösen. Um soziale Härten vermei-

den zu können, scheint ein Verständnis der Daseinsvorsorge in einer weniger kommunalen, sondern mehr regionalen Dimension sinnvoll. Ob Verkehrsinfrastruktur, die Energie- und Wasserversorgung, die Abfall- und Abwasserentsorgung, Bildung und Kultur, Sport und Erholung oder Gesundheitswesen, die Ober-, Mittel- und Grundzentren werden sich stärker zu Kernen einer regionalen Daseinsvorsorgestruktur entwickeln müssen. Aus der hierbei notwendigen strukturübergreifenden Zusammenarbeit entsteht Kooperation und am Ende möglicherweise eine Fusion. Für uns kann aus einer regionalen Dimension der kommunalen Daseinsvorsorge künftig auch ein neues

Verständnis kommunaler Gebietskörperschaften entstehen, denn auch Regionen benötigen ein stabiles kommunales Fundament. Ein tragfähiges Leitbild „Gemeinde der Zukunft“ wird stärker regional geprägt sein müssen. Weder bestehende kommunale Strukturen noch deren mögliche Änderungen sind aus unserer Sicht Selbstzweck. Es gibt durchaus Fälle, in denen Gemeindefusionen sinnvoll sein können. So wird vor Ort zu fragen sein, ob es richtig ist, Geld für hauptamtliche Verwaltungen auszugeben, wenn dieses Geld besser für das kommunale Leben eingesetzt werden kann. Bei kommunalen Strukturveränderungen ist darauf zu achten, dass damit eine tatsächliche Stärkung kommunaler Selbstverwaltung einhergeht. Die Bedingungen für ehrenamtliche Mandatsträger dürfen nicht unzumutbar erschwert und regionale Aufgabenerfüllung muss befördert werden. Da bei Strukturveränderungen immer auch die Gefahr besteht, dass politische Selbstständigkeit verloren geht, müssen Vor- und Nachteile im Einzelfall sorgfältig abgewogen werden. Im Mittelpunkt der Überlegungen muss stehen, wie es gelingt, Leistungen der Daseinsvorsorge stabil in hoher Qualität zu erbringen und zu erhalten. Eine Freiwilligkeitsphase entspricht dem Gebot kommunaler Selbstverwaltung und ist geeignet, den Sachverstand vor Ort und regional zu nutzen.

Theater muss sein!

Fraktion vor Ort



Die vom Bildungsministerium beauftragte Beraterfirma hat im Juni Modelle für die Theater- und Orchesterstrukturen in Vorpommern und dem östlichen Mecklenburg vorgelegt. Danach sollen insgesamt 102 Beschäftigte in der ohnehin gebeutelten Region ihre Arbeit verlieren. Dem hochverschuldeten Landkreis Vorpommern-Greifswald wird zugemutet, die Trägerschaft der Vorpommerschen Landesbühne Anklam ohne Landesförderung zu stemmen. Zugleich sollen an den Häusern in Greifswald, Stralsund und Neustrelitz ganze Sparten geschleift oder zusammengelegt werden. Wer sich nicht so verhält, wie es die Regierung fordert, dem droht die Schließung. Diese „Basta-Politik“ zieht sich wie ein roter Faden durch die gesamte Kulturpolitik der Landesregierung. Weder die Theatermacher und Musiker noch die regional politisch Verantwortlichen verweigern sich einer

Debatte um zukunftsfähige Strukturen. Im Gegenteil, es liegt ja in ihrem ureigenen Interesse. Deshalb ziehen sie an einem Strang und entwickeln Ideen, wie mit den geringen Mitteln noch wirksamer umgegangen werden kann. Wir haben Vorschläge unterbreitet und die Quellen für die benötigten Mittel aufgezeigt. Wir wollen, dass die Mehrspartentheater mit der Breite ihres Angebots erhalten bleiben. Betriebsbedingte Kündigungen sind strikt abzulehnen. Kooperationen der Theaterstandorte müssen gefördert werden. Jeder Schülerin und jedem Schüler soll pro Schulstufe ein Theater- oder Konzertbesuch verbindlich ermöglicht werden. Die Finanzierung kann durch die Entlastung des Landes aufgrund der kompletten Übernahme der BAföG-Kosten durch den Bund ab 2015 erfolgen. Die Bundesregierung verlangt, dass die Länder die frei werdenden

Mittel zur Finanzierung von Bildungsausgaben verwenden. Hierzu zählt auch die kulturelle Bildung von Schülerinnen und Schülern sowie der Studierenden an den Theatern im Land. Gemeinsam mit vielen, die darum wissen, wie wichtig die Existenz der Theater und Orchester für das gesamte kulturelle Leben ist, engagieren wir uns im Landtag für den Erhalt und die Stärkung der Standorte. Kunst und Kultur fördern Demokratie und Toleranz und nicht zuletzt sind sie ein wesentlicher Faktor für die wirtschaftliche Entwicklung in einer Region. Auch Sie können dazu beitragen, dem Abbau von Kunst und Kultur Einhalt zu gebieten. Jeder Theater- oder Konzertbesuch, jeder Protestbrief an die Landesregierung, jeder Leserbrief in heimatlichen Zeitungen hilft! Seien Sie dabei, wenn es heißt: Für eine lebendige Zukunft der Regionen – Theater muss sein!



Ene mene muh und raus bist Du!



Kinderarmut ist für unser Land eine der größten politischen Herausforderungen unserer Zeit. Sie ist sozialpolitisch völlig inakzeptabel, weil damit Kindern, die keinerlei Verantwortung für ihre Situation haben, Teilhabe am gesellschaftlichen Leben genommen wird. Wir können es uns angesichts des demografischen Wandels in Zukunft noch viel weniger leisten, wenn hier ein Drittel der Bevölkerung zurückgelassen wird.

Ein Drittel ist die Anzahl der Kinder und Jugendlichen, die in M-V von Armut bedroht sind. Das heißt jedes dritte Kind hat mit seiner Familie weniger als 60 Prozent des durchschnittlichen Einkommens zur Verfügung. Der Landesverband der LINKEN in M-V und die Fraktion im Landtag haben sich auf die Fahne geschrieben, sich nicht mit diesem Zustand abzufinden. Wir haben die Kampagne „Für Kinder – gegen Armut!“ ins Leben gerufen. Im Zeitraum vom 1.6. (Internationaler Kindertag) bis zum 20.9. (Weltkindertag) haben wir Gespräche vor Ort geführt, um uns über die praktischen Konsequenzen von Kinderarmut zu informieren. Wir haben Spenden an Träger der Kinder- und Jugendhilfe übergeben. Wir haben analysiert, wie Kinderarmut in M-V verteilt ist. Wir haben eine Fachtagung durchgeführt, um zu erfahren, welche Konzepte gegen Kinderarmut möglich sind. Und wir haben die Öffentlichkeit aufgerufen, Gesicht gegen Kinderarmut zu zeigen. Unser Ziel 100 Gesichter zu gewinnen, haben wir weit übertroffen.

Mehr Infos unter:
www.raus-bist-du.de

Die Kraft der Regionen nutzen



Vielfalt prägt den Landkreis Vorpommern-Greifswald. Dies betrifft nicht nur seine Natur und Landschaft, genauso mannigfaltig entwickeln sich seine Wirtschaft und Gemeinden und verläuft der demografische Wandel. Neben dem Zentrum Greifswald boomen vor allem die Küstenregionen, die vom Tourismus profitieren. Die weitere Entwicklung wird auch davon abhängen, wie sich die Unternehmen besonders des Hotel- und Gaststättengewerbes aufstellen. Eine positive Lohnentwicklung und bessere Arbeits- und Ausbildungsbedingungen sind Voraussetzungen zur Fachkräfte- und Nachwuchssicherung – zugleich entscheidend für Qualität. Unabdingbar sind auch Vielfalt und Zugänglichkeit von Angeboten.

Chancen wirtschaftlicher Entwicklung bestehen auch im Binnenland. Von einer Landwirtschaft, die in die Region passt, in der Touris-

mus-, Ernährungs- und Landwirtschaft gut zusammenarbeiten und ihre Angebote verknüpfen, profitieren alle. Mehr Regionalität ermöglicht auch mehr Vielfalt in der Erzeugung, der Verarbeitung und Vermarktung und schafft Vertrauen. Naturgebundener Tourismus lebt von der Kulturlandschaft, den natürlichen Gegebenheiten und Schutzgebieten. Diese Effekte sind anzuerkennen und zu honorieren. Auch beim Nutzen erneuerbarer Energien muss es darum gehen, die Potenziale auszuschöpfen, aber Konflikte möglichst klein zu halten. Information von Anfang an, Mitbestimmung und Teilhabe sind dabei unerlässlich. Die Vorteile müssen für die Menschen erkennbar sein. Ein gelungener Mix aus erneuerbaren Energien verringert Konflikte und erhöht die Versorgungssicherheit. Die Zusammenarbeit mit der Metropolregion Stettin hat eine Schlüsselfunktion. Stettin kann für Vorpommern

die gleiche Bedeutung erlangen wie Berlin oder Hamburg für andere Landesteile. Es entstehen wirtschaftliche Impulse. Die Menschen der Regionen müssen mit ihren Vorschlägen eingebunden werden und Projekte initiieren können. Eigeninitiative ist gut, aber ohne finanzielle und andere Unterstützung ist auch die beste Idee nicht umzusetzen. Deshalb sollen Regionalbudgets den Regionen unter die Arme greifen. So wird Eigenverantwortung gestärkt und es eröffnen sich Spielräume für innovative Lösungen. Dank Stadt- und Dorferneuerung, Wohnraumförderung und reger Investitionstätigkeit sind die Orte lebenswerter denn je. Aber noch ist viel zu tun. So müssen viel mehr Wohnungen und Wohnumfeld barrierefrei sein. Mobilität und Erreichbarkeit von Angeboten sind zu sichern. Lebendige Ortszentren auch für den sozialen Zusammenhalt sind zu stärken.

www.linksfraktionmv.de

DIE LINKE.
Fraktion im Landtag
Mecklenburg-Vorpommern